

## Kapitel

**Initiator\*innen:** DIE LINKE RLP - Landesvorstand (beschlossen am: 23.06.2020)

**Titel:** Wirtschaft sozial

### Text

108 Gute Arbeit – Gute Löhne

109 Armutslöhne, Hartz-IV-Aufstockung, die Zunahme prekärer Beschäftigung, der  
110 Rückgang der Lohnquote und die großflächige Verringerung der Tarifbindung  
111 sind weiter auf dem Vormarsch. Die Corona-Krise hat diese Entwicklung noch  
112 verschärft - arm trotz Arbeit, darunter leiden auch in Rheinland-Pfalz mehr und  
113 mehr Menschen. Diese Entwicklung gefährdet die Finanzierung der sozialen  
114 Sicherungssysteme sowie der öffentlichen Infrastruktur und führt zu einer  
115 Ausgrenzung großer Bevölkerungsteile vom öffentlichen Leben.

116 Nach amtlichen Statistiken arbeitet rund ein Viertel der abhängig  
117 Beschäftigten in Rheinland-Pfalz in sogenannten atypischen  
118 Beschäftigungsformen. Hierzu gehören die befristete oder geringfügige  
119 Beschäftigung und Teilzeitarbeit mit zwanzig oder weniger Stunden. Nach Angaben  
120 des Statistischen Landesamtes in Bad Ems stieg die Zahl der abhängig  
121 Beschäftigten in Teilzeit zwischen 2007 und 2017 von 241.00 auf knapp 400.000.  
122 Damit gehen die wachsenden Beschäftigtenzahlen fast ausschließlich auf das  
123 Konto prekärer, also nicht auskömmlicher Beschäftigungsformen.

124 DIE LINKE fordert:

- 125 • die Demokratisierung der Wirtschaft durch die Förderung von  
126 Beteiligungsmodellen und die Koppelung von Subventionen an  
127 Mitbestimmungsrechte der Belegschaften

- 128 • die Wirtschaft in den Dienst der Menschen zu stellen – nicht umgekehrt.  
129 Deshalb sehen wir in der gezielten Förderung der Gemeinwirtschaft, von  
130 Genossenschaftsmodellen und regionalen Wirtschaftskreisläufen einen  
131 besonderen Schwerpunkt unserer Politik.
  
- 132 • kleine und mittlere Unternehmen sowie das lokal ansässige Handwerk als  
133 Basis und Rückgrat der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes besser zu  
134 fördern und die bisher eingerichteten Fonds und Programme deutlich  
135 aufzustocken.
  
- 136 • Unternehmen, die unverschuldet in Not geraten sind, gezielt mit Hilfen des  
137 Landes zur Selbsthilfe zu unterstützen. Die Einrichtung eines  
138 Liquiditätsfonds und von Zins- und Darlehensmutorien ist zu prüfen und  
139 bei der kommunalen Wirtschaftsförderung anzusiedeln. Über die Vergabe  
140 von Fördermitteln sollen demokratisch legitimierte Gremien unter  
141 transparenten Bedingungen und unter Beteiligung der Bürger\*innen  
142 entscheiden.
  
- 143 • den Aufbau einer leistungsfähigen Versorgung des Landes mit schnellen  
144 mobilen und festen Breitbandnetzen und damit sowohl Handwerk und Gewerbe  
145 als auch privaten Nutzern den Zugang zu den Informationstechnologien zu  
146 ermöglichen
  
- 147 • die Abschaffung der Ausbaubeiträge und die Finanzierung von Straßen aus  
148 Steuermitteln des Landes
  
- 149 • die Förderung genossenschaftlicher und kommunaler  
150 Wohnungsbaugesellschaften mit mindestens 1 Milliarde Euro in den nächsten  
151 fünf Jahren
  
- 152 • einen gesetzlichen Mindestlohn von 12 Euro pro Stunde. Das ist gerecht und  
153 gut für die Binnenwirtschaft.
  
- 154 • Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen.
  
- 155 • ein Vergabegesetz, das allgemeinverbindlichen Tarifverträgen Vorrang  
156 einräumt, wenn diese höhere Löhne als den Mindestlohn vorsehen.
  
- 157 • Leih- und Zeitarbeit auf ein Mindestmaß zu beschränken und  
158 Leiharbeiter\*innen mit den im Unternehmen direkt Beschäftigten gleich zu  
159 stellen.

- 160 • den Kündigungsschutz zu verbessern.
- 161 • Befristungen auf Ausnahmen zu beschränken.
- 162 • 1 Euro Jobs zu verbieten.

### 163 Wirtschaftsdemokratie

164 Die Corona-Krise hat auch viele rheinland-pfälzische Unternehmen getroffen.  
165 Zahlreiche der für unsere Wirtschaft wichtigen klein- und mittelständischen  
166 Betriebe mussten Kurzarbeit beantragen oder Mitarbeiter\*innen entlassen, um sich  
167 vor der drohenden Insolvenz zu retten. Einmal mehr hat der Kapitalismus  
168 bewiesen, dass er keine krisenfeste und nachhaltige Wirtschaftsordnung  
169 produziert, sondern nur maximale Profitmöglichkeiten für Einzelne und  
170 Großunternehmen. Dem wollen wir entgegenwirken. Wenn Betriebe vor dem Aus  
171 stehen, weil Investoren sich zurückziehen, Banken nur unzureichend Kredite  
172 vergeben oder krisenbedingt die Absatzmärkte wegbrechen, kann das Land nicht  
173 tatenlos zusehen. Deswegen muss die rot-gelb-grüne Landesregierung endlich  
174 eigenes Geld investieren und die Bundeshilfen für von der Corona-Krise  
175 betroffene Unternehmen und Selbständige wirksam ergänzen. Solo-Selbständige  
176 und klein- und mittelständischen Unternehmen und ihre Belegschaften haben in  
177 den letzten Jahrzehnten den Reichtum unseres Landes geschaffen. Diese  
178 Unternehmen sind von fundamentaler Bedeutung für unsere Wirtschaft, sie gilt es  
179 zu fördern, zu erhalten und auszubauen. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen,  
180 die vielen klein- und mittelständischen Unternehmen im Konkurrenzkampf mit  
181 multinationalen, kapitalistischen Großunternehmen zu stärken. Das fördert die  
182 regionale Wertschöpfung, schafft Arbeit, begünstigt eine positive  
183 Lohnentwicklung und belebt die heimische Binnenkonjunktur nachhaltig.

184 Wir setzen uns dafür ein, dass mehr Demokratie im Betrieb verwirklicht wird. In  
185 der Verfassung des Landes Rheinland-Pfalz ist festgelegt, dass bei  
186 Entscheidungen, die die grundlegenden Interessen der Mitarbeiter\*innen  
187 betreffen, auch die Betriebsvertretung mitwirken muss. Dies gilt ganz besonders  
188 bei Betriebsverlagerungen oder -schließungen.

- 189 • DIE LINKE fordert: Steuergelder nur gegen Mitsprache und öffentliches  
190 Eigentum. Eine Belegschaftsbeteiligung in größeren Unternehmen  
191 garantiert Mitbestimmung für die Beschäftigten. Das Mitarbeitermodell  
192 garantiert, dass die Betroffenen auch diejenigen sind, die mitentscheiden.  
193 Damit werden wir Arbeit sichern, industrielle Strukturen erhalten,  
194 ausbauen und modernisieren sowie die Demokratisierung der Wirtschaft  
195 einleiten.

196 • DIE LINKE setzt sich im Landtag dafür ein, diesen Prozess durch  
197 entschiedene Maßnahmen zu unterstützen, dafür benötigen  
198 Betriebsleitungen und Mitarbeiter\*innen das entsprechende Wissen. Für  
199 beides soll das Land über die Investitions- und Strukturbank Rheinland-  
200 Pfalz (ISB) Geld, Expertise und sonstige Ressourcen zur Verfügung  
201 stellen.

202 • DIE LINKE fordert die verbindliche Einführung von Betriebsräten in allen  
203 Unternehmen, bei denen dies von der Belegschaft gefordert wird. Die  
204 Realisierung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Betriebsvertretung muss in  
205 einem Gesetz umgesetzt werden.

206 Öffentliche Beschäftigung statt 1-Euro-Jobs: Ein Aktionsprogramm für 10.000  
207 Jobs im ÖBS

208 Unabhängig von Corona-Krise und Konjunktur gibt es in Rheinland-Pfalz eine hohe  
209 Arbeitslosigkeit mit vielen älteren und Langzeit-Erwerbslosen. Insbesondere in  
210 den strukturschwachen Regionen in der Pfalz, der Eifel, dem Westerwald und  
211 Hunsrück ist die Arbeitslosigkeit dramatisch. Gleichzeitig existiert ein  
212 großer Bedarf an notwendiger Arbeit im öffentlichen Bereich.

213 Seit der Umsetzung der Hartz-Gesetze sind in Rheinland-Pfalz mindestens 10.000  
214 reguläre, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze durch den rechtswidrigen  
215 Einsatz von 1-Euro-Jobbern vernichtet worden. Damit wurden in Rheinland-Pfalz im  
216 Bundesvergleich die meisten Arbeitsplätze vernichtet. Die Arbeitsplätze wurden  
217 direkt oder indirekt abgebaut, verdrängt oder nicht wieder besetzt. Betroffen  
218 ist der öffentliche Dienst bei der Pflege von Grünanlagen, Schulen und  
219 Bürgerhäusern. Auch Küchenpersonal und Aushilfen in Kindertagesstätten und  
220 weitere Wirtschaftszweige wie in den Pflegeberufen, dem Maler- u.  
221 Baunebengewerbe oder dem Gartenlandschaftsbau sind betroffen.

222 Der Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst an allen Beschäftigten  
223 ist mittlerweile selbst in den USA höher als in Deutschland, in Frankreich ist  
224 er doppelt so hoch. Hätte Deutschland denselben Anteil an Beschäftigten im  
225 öffentlichen Dienst wie Dänemark, würde dies 5 Millionen zusätzliche  
226 Arbeitsplätze bedeuten.

227 DIE LINKE kämpft für reguläre Stellen im öffentlichen Dienst. Deswegen  
228 fordern wir:

229 • Abschaffung der 1-Euro-Jobs und stattdessen tarifliche entlohnte,  
230 sozialversicherungspflichtige Stellen im öffentlichen Dienst

- 231 • Zusätzlich zu diesen Stellen 10.000 Stellen im Öffentlichen  
232 Beschäftigungssektor (ÖBS)

233 Was heißt das konkret? Der ÖBS soll genau dort Beschäftigung schaffen, wo der  
234 „Markt“ sie nicht erzeugt, ein Bereich, der aber trotzdem von  
235 gesellschaftlicher Bedeutung ist. Das bedeutet, dass die rechtswidrige Praxis,  
236 reguläre Beschäftigung beispielsweise im Handwerk oder in der Kindererziehung  
237 durch 1-Euro-Jobs zu ersetzen, mit Einführung des ÖBS nicht fortgesetzt wird.

238 Ursprünglich sollten die 1-Euro-Jobs – und daran erinnert sich heute kaum  
239 noch jemand – durch zusätzliche Beschäftigung eine Eingliederung in den  
240 ersten und zweiten Arbeitsmarkt erleichtern. Und genau solche Jobs wollen wir  
241 nicht als 1-Euro-Jobs, sondern als repressionsfreie Stellen im ÖBS, die die  
242 Würde des Menschen achten und gesellschaftliche Bedürfnisse professionell und  
243 anständig entlohnt befriedigen. Durch den ÖBS sollen gesellschaftliche  
244 Tätigkeiten wie beispielsweise in der Freiwilligen Feuerwehr, in der  
245 Jugendarbeit, in interkulturellen Projekten, in Kunst und Kultur, in  
246 Sportvereinen oder in Ökologieprojekten, die gegenwärtig liegen bleiben oder  
247 ehrenamtlich erledigt werden, sozialversicherungspflichtige Stellen entstehen.  
248 Zur Ausgestaltung der Arbeitsplätze im ÖBS werden die Betroffenen aktiv mit  
249 einbezogen.

250 Zukunftsinvestitionsprogramm für Rheinland-Pfalz: 20 Milliarden Euro für  
251 Infrastruktur, Bildung, Verkehr und Umwelt

252 Um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Zukunft zu schaffen,  
253 Arbeitsplätze zu sichern und die Lebensqualität zu verbessern, fordern wir ein  
254 Infrastrukturprogramm für Rheinland-Pfalz. Eine lebenswerte Zukunft für alle  
255 Menschen in unserem Land erfordert mehr öffentliche Investitionen. Unser  
256 Zukunftsinvestitionsprogramm umfasst die Bereiche Bildung und Wissenschaft,  
257 Wohnen, Verkehr und Umwelt, Industrie und Tourismus sowie die kommunale  
258 Daseinsvorsorge. Hier wollen wir jedes Jahr zusätzlich 4 Mrd. Euro über einen  
259 Zeitraum von 5 Jahren investieren.

260 Das rheinland-pfälzische Bildungssystem entspricht weder bundesweiten  
261 Standards, noch stellt es allen Kindern die Bildungschancen zur Verfügung, die  
262 für ein selbst bestimmtes Leben nötig sind. Die Verkehrsinfrastruktur,  
263 insbesondere im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), ist weit hinter den  
264 Anforderungen und Bedürfnissen zurückgeblieben. Viele Kommunen sind pleite und  
265 können ihren Aufgaben im Bereich der Daseinsvorsorge kaum noch nachkommen:  
266 Schwimmbäder werden abgerissen, in den Schulen fällt der Putz von den Wänden,  
267 Straßenschäden werden nur noch provisorisch behoben, wenn überhaupt.

268 Die LINKE in Rheinland-Pfalz will in Absprache mit den Kommunen, den  
269 angrenzenden Ländern, dem Bund und der Europäischen Union durch groß  
270 angelegte Investitionen Arbeit schaffen, das Land modernisieren und die sozial-  
271 ökologische Wende einleiten. Um das Land für die zentralen Herausforderungen  
272 der Zukunft optimal aufzustellen, muss investiert werden, und zwar in:

- 273 • den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs,
- 274 • den Bau bezahlbarer Wohnungen in öffentlichem oder genossenschaftlichem  
275 Eigentum
- 276 • die Förderung einer ökologisch ausgerichteten Landwirtschaft,
- 277 • die ökologisch nachhaltige Konversion veralteter Wirtschaftsbranchen,
- 278 • die Förderung alternativer Energien,
- 279 • Bildung und Wissenschaft,
- 280 • die Erneuerung der kommunalen Infrastruktur.

281 Viele dieser Aufgaben berühren unterschiedliche staatliche Ebenen. Hierzu  
282 zählt insbesondere die Steuerpolitik. Ohne eine radikale Wende hin zu einer  
283 deutlich stärkeren Besteuerung von Spitzeneinkommen und Vermögen sind die  
284 notwendigen Zukunftsinvestitionen nicht finanzierbar. Deshalb soll sich das Land  
285 Rheinland-Pfalz über den Bundesrat insbesondere für die

- 286 • Einführung einer Vermögens- bzw. Millionärsteuer,
- 287 • die Gemeindefinanzierungssteuer und
- 288 • die Anhebung des Spitzensteuersatzes sowie
- 289 • die Entschuldung der Kommunen stark machen.

290 Alleine die Millionärssteuer von 5 Prozent auf Vermögen über 1 Million Euro  
291 brächte 3,5 Milliarden Euro jährlich für Rheinland-Pfalz. Ein  
292 Zukunftsinvestitionsprogramm ist finanzierbar.

293 Gleichwertige Lebensverhältnisse in Rheinland-Pfalz schaffen

294 Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland ist  
295 Verfassungsauftrag. Aber Rheinland-Pfalz ist durch ein deutliches soziales,  
296 wirtschaftliches und strukturelles Ost-West-Gefälle gekennzeichnet. Während  
297 die Regionen am Rhein – insbesondere die Regionen um Ludwigshafen, Mainz und  
298 Koblenz, wo der größte Teil des rheinland-pfälzischen Bruttoinlandsproduktes  
299 erwirtschaftet wird – boomen und vielversprechende wirtschaftliche  
300 Entwicklungspotentiale haben, sind die Regionen in der Pfalz, dem Westerwald und  
301 Hunsrück und der Eifel von dieser Entwicklung abgeschnitten.

302 Die Landesregierungen der letzten Jahre haben es versäumt, auf den Wandel in  
303 der Wirtschaft eine strukturpolitische Antwort zu geben. Sowohl in der  
304 Verkehrspolitik als auch in der regionalen Strukturpolitik wird dies sichtbar.  
305 Der Landesentwicklungsplan und seine Fortschreibungen sind Dokumente des  
306 Scheiterns und der Arbeitsverweigerung. Es ist Aufgabe der Politik, den  
307 Strukturwandel politisch zu gestalten.

308 DIE LINKE ist die einzige Partei, die sich für die soziale und wirtschaftliche  
309 Teilhabe aller Menschen einsetzt.

- 310 • Deswegen wollen wir, dass das Land Schwerpunktcluster in den  
311 strukturschwachen Regionen fördert und die Ansiedlung neuer Technologien,  
312 u.a. im Bereich der ökologischen Landwirtschaft sowie der erneuerbaren  
313 Energien, unterstützt.

314 Hierfür steht die gesamte Palette der Wirtschaftsförderung zur Verfügung:  
315 Subventionen, Gründung von öffentlichen Forschungseinrichtungen und  
316 Fachhochschulen in den Schwerpunktclustern, Forschungs- und  
317 Technologieförderung sowie die Schaffung von Infrastruktur.

318 Verbraucherschutz ausbauen

319 Verbraucherschutz muss einen höheren Stellenwert bekommen. Dazu müssen die  
320 Menschen in Rheinland-Pfalz einen Zugang zu neutralen Informationen und Beratung  
321 erhalten. Der Nachweis gesundheitlicher Unbedenklichkeit muss vom  
322 Produkthersteller durch unabhängige Institute erbracht werden. Die  
323 Lebensmittelkennzeichnung muss für Verbraucher transparent und verständlich  
324 sein.

325 DIE LINKE fordert:

- 326 • unregelmäßige, unangekündigte Kontrollbesuche in den  
327 Lebensmittelverarbeitenden und produzierenden Unternehmen

- 328 • personellen und sachlichen Ausbau der Gesundheits- und Veterinärämter
- 329 • Transparente und verständliche Lebensmittelkennzeichnung und
- 330 • ein Verbot von Geschmacksverstärkern in Kindernahrung und von hormonell
- 331 wirksamen Chemikalien in Lebensmitteln.